

Es geht **um** Ihr Geld!

Die ABB unterstützt das Volksbegehren des Bundes der Steuerzahler NRW zur Abschaffung der Straßenbaubeiträge im Land Nordrhein-Westfalen. Die Mitglieder der ABB werden in einigen Bereichen der Stadt Bornheim für diese Initiative Unterschriften sammeln. Wenn Sie dieses Flugblatt im Briefkasten finden, werden wir an den Folgetagen bei Ihnen klingeln und Sie und die ganze Familie um die Unterschriften bitten. Weitere Informationen können Sie auf unserer Internetseite nachlesen.

Antrag auf Behandlung einer Volksinitiative¹

nach dem Gesetz über das Verfahren bei Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid

An den
Präsidenten des Landtags Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Die auf den nachstehenden Unterschriftsbögen unterzeichneten Stimmberechtigten beantragen eine

Volksinitiative zur Abschaffung der Straßenbaubeiträge nach § 8 Abs. 1 Kommunalabgabengesetz für das Land Nordrhein-Westfalen

Die Volksinitiative ist gerichtet auf die Befassung des Landtags mit dem folgenden Gegenstand der politischen Willensbildung:

Der nordrhein-westfälische Landtag wird aufgefordert, die Straßenbaubeiträge nach § 8 Abs. 1 KAG NRW abzuschaffen. Die Neuregelung sollte unverzüglich in Kraft treten. Eckpunkte dieser KAG NRW-Reform sollten sein:

- Die Straßenbaubeiträge nach § 8 Abs. 1 KAG NRW sind mit Wirkung für die Zukunft aufzuheben.
- Sofern Straßenbaubeiträge erhoben worden und die Beitragsbescheide noch nicht bestandskräftig geworden sind, ist die Erhebung dieser Straßenbaubeiträge nicht weiterhin zulässig.
- Wegen der Einnahmeausfälle werden den Kommunen vom Land Nordrhein-Westfalen zweckgebundene Zuweisungen zur Verfügung gestellt oder die Einnahmeausfälle werden durch einen entsprechend höheren Anteil an der Steuerquote ausgeglichen.

Vertrauensperson: Heinz Wirz, Vorsitzender des Bundes der Steuerzahler Nordrhein-Westfalen e.V.,
Schillerstraße 14, 40237 Düsseldorf

Stellvertretende Vertrauensperson: Eberhard Kanski, stellv. Vorsitzender des Bundes der Steuerzahler Nordrhein-Westfalen e.V.,
Schillerstraße 14, 40237 Düsseldorf

Die erhobenen personenbezogenen Daten dürfen nur für das Verfahren der Volksinitiative genutzt werden.



Heinz Wirz

Unterschrift der Vertrauensperson



Eberhard Kanski

Unterschrift der stellvertretenden Vertrauensperson

¹ Eine Volksinitiative kommt rechtswirksam zustande, wenn sie mindestens von 0,5 vom Hundert der Stimmberechtigten unterzeichnet ist (Artikel 67 Abs. 2 Satz 1 der Landesverfassung NRW).

Liebe Bornheimer Bürgerinnen und Bürger,

das Jahr 2018 neigt sich dem Ende. Es ist viel passiert in Bornheim, leider nicht immer zur Zufriedenheit der Bornheimer. Die Ratsmehrheiten aus CDU, SPD, Grünen, UWG, FDP und Linken haben vieles durchgesetzt, was eindeutig den berechtigten Interessen der vor Ort betroffenen Bürgerinnen und Bürger zuwider läuft. Wir nennen hier stellvertretend die Bebauungspläne **Ro23**, **Me16**, Ausbau **Oberdorfer Weg** und **Koblenzer Straße** in Roisdorf, Ausbau **Apostelpfad** in Bornheim und den Ausbau der **Offenbachstraße** in Merten.

Statt die Bornheimer Straßen rechtzeitig zu sanieren lässt man die Straßen soweit verkommen, bis eine Kompletterneuerung unausweichlich wird. Der Vorteil für die Stadt – jetzt zahlen die Anlieger die Zeche bis zu 80 % der Kosten. Die Kosten von Straßenerweiterungen, die ausschließlich einem neuen Baugebiet als Zuwegung

zugute kommen, werden ohne Not nicht dem Investor zu Lasten gelegt, sondern über einen Bebauungsplan, unabhängig vom Bebauungsplan des Neubaugebietes, geplant. Der Vorteil für die Stadt, jetzt können bis zu 80% der Kosten auf die Anlieger umgelegt werden und eine Enteignung wird möglich! Der Investor wird finanziell nicht belastet. Die Dummen sind wieder einmal die Anlieger. Allein im Jahr 2017 konnten ca. 16 Millionen € nicht verbaut werden, weil man sich mit den Anliegern nicht über den Umfang der Straßensanierungen geeinigt hat.

In der Bornheimer Kommunalpolitik gab es eine Anzahl von „Wanderungsbewegungen“. Ein Ratsmitglied ist von der CDU zur UWG übergelaufen. Ein Ex-Grüner ging über die UWG zur SPD. Ein weiteres Ratsmitglied ist von der ABB zu den Grünen gewechselt. Im Bornheimer Rat haben sich die bisher fest definierten Blöcke verändert. Die UWG hat das bunte Bündnis aus SPD, Grünen und Linken verlassen und hat sich auf die Seite von CDU und FDP geschlagen. Fortan verfügt dieses Bündnis im Rat und in allen Ausschüssen über eine Mehrheit. Was dazu wohl die Wähler der UWG sagen?

Auch auf der Bundesebene ist vieles in Bewegung geraten. CDU und SPD verloren bei Landtagswahlen bis zu ca. 22 % ihrer Wähler. Aktuell kratzen die Grünen an der 20% Marke und die AFD zog mit 8 – 25 % in alle Landtage und in den Bundestag ein. Ähnliches wird bei der nächsten Kommunalwahl auch in Bornheim zu erwarten sein.

Seit dem Jahr 2015 erleben wir eine massive Einwanderungswelle, die durch Flucht vor Krieg, aber im großem Umfang auch aus rein wirtschaftlichen Gründen erfolgte. Das Ende ist nicht absehbar. Wenn der UN-Migrationspakt umgesetzt ist, wird es zu einer weiteren Welle von Einwanderung kommen. Das trifft, was die Kosten angeht, natürlich massiv wieder einmal die Kommunen. In Bornheim werden aktuell ca. 900 Personen (Flüchtlinge/Migranten) untergebracht und versorgt. In Deutschland sind es inzwischen 1,5 bis 2 Millionen. Eine genaue Zahl wird nicht veröffentlicht. In Bornheim hat die Flüchtlingswelle nach unseren Recherchen seit 2015 10 – 15 Millionen € gekostet. Die Gesamtkosten bleiben auch in Bornheim unter Verschluss. Da der Bund und das Land NRW diese Kosten nur zu 25 bis 30% übernehmen, bleibt der Löwenanteil der Kosten bei den Kommunen hängen. Die Folgen, notwendige Investitionen werden zurück gestellt und die kommunalen Steuern werden weiter erhöht. Die Auswirkungen der Flüchtlingswelle, zunehmende Kriminalität, Kinder- und Viehelen, massenweiser Sozialbetrug, Parallelgesellschaften etc. werden schön geredet oder ganz verschwiegen. Die einen sagen „Wir schaffen das“, die anderen müssen die „Zeche bezahlen“. Und das sind wir alle.

Auch die ABB hatte Probleme. Mitglieder sind gekommen und einige sind auch wieder gegangen, weil man ihnen die angestrebten Funktionen verwehrt hat oder man mit ihrer Ausschussarbeit nicht zufrieden war. Trotz allem, wir sind mehr geworden und die Anzahl derer, die fleißig mitarbeiten ist deutlich gestiegen. Zur Kommunalwahl sind 22 Direktwahlkreise zu besetzen, unter Umständen wird die Anzahl der Direktwahlkreise auch auf 27 erhöht. Um es unumwunden zu sagen, wir haben noch nicht in allen Wahlkreisen Mitglieder, die dort auch wohnen und die am Wohnort als Direktkandidat auch aufgestellt werden können. Das ist für die personenbezogene Kommunalwahl, bei der es keine Erst- und Zweitstimme gibt, ein erheblicher Nachteil. Hier gibt es noch viel zu tun!

Leider bestimmt in Bornheim in der Regel nicht der Rat die Politik. Die überwiegende Anzahl der Anträge kommen von der Verwaltung und nicht von den Fraktionen. Die Interessen der Bürger stehen in den meisten Fällen hinten an. Der Rat bestimmt und kontrolliert nicht optimal! Die Richtlinie zum Ausbau von Straßen (RAST) hat in Bornheim eine höhere Priorität als die berechtigten Anliegen der Bürger. Auch die juristischen Möglichkeiten gegen offensichtlich willkürliche Entscheidungen der Verwaltung, mit einer Mehrheit im Rat im Rücken, sind fast aussichtslos, wenn die Verwaltung keine Formfehler gemacht hat. Die kommunale Baugesetzgebung in NRW ist extrem bürgerunfreundlich. Wer mit den Entscheidungen der Verwaltung und des Rates nicht einverstanden ist, dem bleibt nur eine Möglichkeit, die Mehrheitsverhältnisse im Rat bei der nächsten Kommunalwahl ändern. Dieser Weg ist mühselig und aufwändig. Einen anderen Weg gibt es aber nicht. Wir bieten interessierten Bürgerinnen und Bürgern, die sich kommunalpolitisch engagieren wollen, eine Plattform, dies in der ABB und in Folge auch im Rat oder in den Ausschüssen der Stadt Bornheim zu tun. Wenn Sie daran ein Interesse haben, dann nehmen sie bitte Kontakt mit uns auf. Denken Sie daran, die Schweigsamen und Geduldigen haben immer verloren. Wir erobern unsere Stadt zurück, dafür brauchen wir Ihre Hilfe.

Wir wünschen Ihnen und Ihrer Familie Gesundheit, Glück und ein erfolgreiches Jahr 2019.

<http://www.aktivebuengerbornheim.de>

Sie können uns auch mit einer Spende unterstützen:

Kreissparkasse Köln - IBAN: DE39 3705 0299 0046 0145 71 (Spenden für die ABB sind absetzbar)

ViSdP: Paul Breuer, St.-Georg-Straße 20, 53332 Bornheim / 0151-72211101 / 01.01.2019 / bornheimer123@yahoo.de